

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

18.3.1921 (No. 65)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Festdruckerei
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptgeschäft-
leiter
C. A. M. e. n. d.
Druck-
und Verlag
S. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und umwärtig frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gepaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, monatlicher Weitreibung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachlieferung, Wertschwund, Betriebsstörung in eigenen Betrieben oder sonstigen Umständen ist die Redaktion nicht verantwortlich für verspätete oder nicht erfolgte Anzeigen. Für verspätete Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Polizeiverwaltung. — Die Wirtschaftslage der Gemeinden und die Staatsaufsicht.

Besprechungen mit den Amtsvorständen.
In den letzten Tagen fanden unter dem Vorsitz des Ministers des Innern Kemmele in Heidelberg und Karlsruhe Besprechungen mit den Amtsvorständen aus den Landeskommissariatsbezirken Mannheim und Karlsruhe statt über die Maßnahmen, die auf dem Gebiet der Polizeiverwaltung und auf dem Gebiet der Aufsicht über die Wirtschaftsführung der Gemeinden geboten erscheinen, um die während der Kriegs- und Nachkriegsjahre eingetretenen Schäden zu überwinden und die innere Verwaltung auf diesen wichtigen Arbeitsgebieten wieder in den ordnungsmäßigen Friedensbetrieb überzuführen. Weitere Besprechungen in Konstanz und Freiburg werden folgen.

Der Besprechung der polizeilichen Fragen

ging ein Referat des Ministerialrats Leers voraus.
Durch den Krieg und die Zwangswirtschaft, so wurde ausgeführt, hat die Handhabung der Polizei vielfach Not gelitten, da infolge der zahlreichen anderen Aufgaben die wichtigste polizeiliche Aufgabe, nämlich die, für die allgemeine Sicherheit zu sorgen, vielfach fast zurücktreten mußte. Es muß insbesondere dafür Sorge werden, daß die Gewandtheit dieser Aufgabe wieder mehr widmen kann als in der vergangenen Zeit.

Nicht erträglich ist es auch, daß auf manchen polizeilichen Gebieten zum Beispiel hinsichtlich der Polizeistunde und der Überwachung von Tanzvergnügen zwischen Stadt und Land bei der Durchführung der bestehenden Bestimmungen ein allzu großer Unterschied gebildet wird, wenn auch die Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse keineswegs unterbleiben soll. Die Vermögensprüfung hat zwar allem Anschein nach in den ländlichen Gegenden vielfach nachgelassen; immerhin verlangt die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, daß auch hinsichtlich der Polizei den Umständen entgegen, wird, die sich in der Lebensführung da und dort zeigen. Dabei muß sich die Polizei bemühen bleiben, daß ihre in dieser Richtung nur eine beschränkte Wirksamkeit möglich ist, wie es denn überhaupt im Interesse der Wahrung der staatlichen Autorität und des polizeilichen Ansehens insbesondere erforderlich ist, daß nur solche polizeilichen Anordnungen ergehen, die auch wirklich durchgeführt werden können, die aber dann auch durchgeführt werden müssen.

Hierzu ist beim Vollzug die größte Pflichterfüllung der Gendarmen- und Polizeibeamten erforderlich, daneben aber auch nötig, daß diese Beamten nachdrücklich unterstützt, nötigenfalls durch Einsatz von Verärzten, seitens der Behörden und Verständnis bei der Bevölkerung finden. Erfreulicherweise kann mitgeteilt werden, daß ein energisches Eingreifen der Polizei für ihre Aufgaben mehr und mehr der Anerkennung in der Öffentlichkeit begegnet.

Es wurde schließlich auch noch auf die Notwendigkeit rascher und enger Fühlungnahme seitens der Polizeibehörden mit den Staatsanwaltschaften und dem Ministerium besonders hingewiesen. (Zeil II folgt.)

Verteilung von amerikanischem Weizenmehl zu Haushaltungszwecken.

Im Interesse einer wirksameren Bekämpfung des Mehlpreisanstiegs ist mit Genehmigung des Reichsernährungsministers der Ausnahmsbefehl für das vom 16. März 1921 abgelaufene amerikanische Weizenmehl von 75 auf 70 v. H. herabgesetzt worden. Dies bedeutet eine wesentliche Verbesserung des Haushaltungsmehls in Aussehen und Beschaffenheit. Durch Einwirkung auf die Mühlen ist Sorge getragen, daß ein völlig einwandfreies Mehl hergestellt wird.
Außerdem ist vom gleichen Zeitpunkt ab der von den Rommelsberghäusern an die Reichsgetreidestelle für das amerikanische Weizenmehl zu zahlende Preis trotz der niedrigeren Ausmahlung auf 6,25 M. für das Kilo ermäßigt worden. Dieser Preis gilt nicht nur für den Versorgungsabschnitt vom 16. März bis 15. April, sondern bis auf weiteres.
Der Abgabepreis an die Verbraucher darf 7 M. für das Kilo unter keinen Umständen überschreiten. Die Innehaltung der festgesetzten Höchstpreise für den Kleinhandel wird durch Überwachungsbeamte der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle nachgeprüft werden.

Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung.

Zum Vollzug der Verordnung der Reichsregierung über die Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. Februar 1921 haben das Ministerium des Innern und das Arbeitsministerium folgende Verordnung erlassen:
Die gemäß §§ 3 und 4 der Verordnung des Ministeriums des Innern und des Arbeitsministeriums für Übergangswirtschaft und Wohnungsverhältnisse über die wirtschaftliche Demobilisierung, vom 18. November 1918 erlassenen Demobilisierungsaußschüsse werden zum 31. März 1921 aufgelöst.
Die einem Demobilisierungsausschuss verbleibenden Aufgaben können nach näherer Anordnung des Arbeitsministeriums einem anderen Ausschuss übertragen werden, der bei einem größeren Arbeitsamt besteht oder für diesen Zweck errichtet wird. Unter den Mitgliedern dieses Ausschusses muß eine gleiche Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sein.

Die Betrieb von Wandelagern.

Nach Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums werden in letzter Zeit Wechseln darüber geführt, daß in den Wandelagern vielfach minderwertige Ware, hin und wieder auch Diebesgut zum Verkauf gebracht wird.
Die Bezirksämter sind beauftragt, soweit im Einzelfall Anhaltspunkte für einen beträchtlichen Verdacht sich zeigen, von den in Frage kommenden Gewerbetreibenden einen Nachweis über den Erwerb der zum Verkauf gestellten Waren zu verlangen. Falls diese Erhebungen den Verdacht einer strafbaren Handlung begründen, wird Anzeige an die zuständige Staatsanwaltschaft erstattet.

Die Unterscheidung der Kriegsschuld.

Von Chefredakteur Friedrich Munding-Konstanz.

Durch die große Rede von Lloyd George in London ist die Frage der Schuld am Kriege wieder in den Vordergrund getreten. Die Veröffentlichung der deutschen Dokumente über die Kriegsursachen, die in Aussicht gestellt ist, ferner die Veröffentlichung der russischen diplomatischen Aktenstücke, die eben in der amerikanischen Presse begonnen hat, werden weiteres dazu beitragen, die Angelegenheit im Klaren zu halten.

Es wird aber wenig Menschen geben, die von der Ventilierung dieser Frage mehr als eine Fixierung einer historischen Tatsache erhoffen, wobei es immer noch zweifelhaft ist, ob die Dokumente allein in der Lage sind, die Vorgänge tatsächlich und unumstritten festzulegen. An jedes Dokument pflegt sich eine Auslegung zu knüpfen und die Dokumente, die veröffentlicht werden, werden nur Glieder in der Kette sein, während anderes, in den Archiven behütet und begraben, verschwiegen bleiben wird.

Man vergißt bei der Betrachtung der Ursachen des verhängnisvollen Weltkrieges, daß die natürliche Entwicklung nach einem Ausgleich vorhandener Spannungen drängte und daß es im Grunde weniger die Böswilligkeit, als die unbeschreibliche Unfähigkeit der Staatsmänner, die Entwicklung aufzuhalten oder sie in gefahrlose Bahnen zu lenken war, die die Katastrophe herbeiführte. Die Ereignisse der letzten Zeit, der Friedensschluß von Versailles, das Auftreten Wilsons und vor allem die Londoner Konferenz, haben gezeigt, daß die Erkenntnis des Notwendigen, d. h. die Notwendigkeit der Herbeiführung einer überstaatlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung, klarer und deutlicher geworden ist und daß man heute häufiger davon spricht, als es etwa zu Zeiten der Haager Konferenz der Fall war, die ähnliche Ziele verfolgten. In der Wirklichkeit, diese Gedankenänge in die Wirklichkeit überzuführen, sind wir aber um nichts, um gar nichts weitergekommen und das Ergebnis der Londoner Konferenz ist ebenso sehr ein Zeugnis von menschlicher Unfähigkeit und Anmaßung, wie die steifen und kleintlichen Verhandlungen der europäischen Kabinette in den Julitagen 1914. Auch jetzt wieder wurde überall der angebliche „gute Wille“ betont, während man doch gleichzeitig die Faust zum Schlagen bereit hielt.

Die kurzsinrigen, überliefernten Gedankenänge eines wirtschaftspolitischen Imperialismus und die vielen Kugeln dieses Systems, haben es bis jetzt immer wieder fertig gebracht, die Gedanken einer höheren Auffassung von Politik, Staatsleben und Volk zu unterdrücken. Die internationalen, kulturellen Interessen haben es bis heute ebenso wenig vermocht, wie die wirtschaftlichen und sozialen, eine ernste Wandlung herbeizuführen.

Welches sind die Aussichten, daß hierin eine Wandlung eintrete oder daß alles beim alten bleibe oder die Gedankenänge höherer Menschlichkeit wieder zu den primitiveren der Gewalttätigkeit zurückentwickelt würden?

Es wird gegenwärtig sehr häufig ausgesprochen und von den meisten Menschen mehr oder weniger deutlich empfunden, daß nur neue Gedankenänge, etwa der oben erwähnten Art, den Ausweg aus den gegenwärtigen chaotischen Zuständen der Welt bieten können. Das Problem des Wiederaufbaus wird ebenso wenig wie das russische ohne internationale Zusammenarbeit gelöst werden können. Schwere soziale Erschütterungen werden ebenfalls nur von den auf gleichem Niveau stehenden Völkern durch gemeinsame Abereinommen beseitigt werden können. Versäumt man es oder erweisen sich Staatsmänner und Völker auf die Dauer ebenso unfähig wie in Versailles und London, so werden wir uns auf neue schwere Katastrophen gefaßt machen müssen, deren Gefahren wir beinahe mit absoluter Sicherheit errechnen können. Man sollte wenigstens aus der Betrachtung der Kriegsurachen von 1914 als lebendiges Ergebnis das eine gewinnen: daß mit dem Weiterziehen hergebrachter Begriffe und dem säumigen, halb entschlossenen Handeln, nichts gewonnen, wohl aber alles verloren wird. Die Welt

bedarf neuer führender Köpfe, wir bedürfen im Kleinen und großen des entschlossenen Handelns! Einem Handelns, das sich seine Gesehmäßigkeit nicht aus den Überlieferungen und der Anwendung papierener Begriffe sucht, sondern in der lebendigen Menschlichkeit, die im Kleinen, wie im Großen der einzige Maßstab ist, der mit untrüglicher Sicherheit des Erfolges angelegt werden kann.

Politische Neuigkeiten. Die Erpressungspolitik der Reparationskommission.

Die Note der Reparationskommission vom 15. März über Artikel 235 des Friedensvertrages lautet in deutscher Übersetzung folgendermaßen:

Artikel 235 des Vertrages von Versailles, welcher am 28. Juni 1919 unterzeichnet und am 10. Januar 1920 in Kraft getreten ist, bestimmt: „Um den alliierten und assoziierten Mächten schon jetzt die Wiederaufrichtung ihres gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens zu ermöglichen, bevor der endgültige Betrag ihrer Ansprüche festgesetzt ist, zahlt Deutschland in Anrechnung auf obige Schuld während der Jahre 1919, 1920 und der ersten vier Monate 1921 in so viel Raten und in solcher Form in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren oder anderwärts, wie es die Reparationskommission festsetzt, den Gegenwert von 20 (zwanzig) Milliarden Mark Gold. Diese 20 Milliarden Goldmark sollen dazu dienen, die Befahrungskosten, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen und aus dem demnach verbleibenden Rest die Reparationen zu bezahlen.“

Am 4. Mai 1920 haben wir die Ehre gehabt, Ihnen zu schreiben, um Ihnen Ihre Verpflichtungen in diesem Punkte in Erinnerung zu bringen, insbesondere hinsichtlich der Mittel, durch welche die Lebensmittel und Rohstoffe bezahlt werden können, welche für Deutschland nach den Bestimmungen des genannten Artikels 235 als nötig erkannt werden. Die Kommission ersuchte die deutsche Regierung zu gleicher Zeit, um die Ausführung des Artikels und insbesondere diese letzte Anwendung zu ermöglichen, alle erheblichen Werte zu benutzen, welche sich im Besitz der deutschen Regierung, Länder und deutschen Staatsangehörigen in Unternehmungen in neutralen Ländern befinden und von Bedeutung sind (mit Ausnahme derjenigen, auf die andere Artikel des Vertrages als der Artikel 235 Anwendung finden). Am 15. Juni ersuchte die Kommission durch ein Schreiben ihres Finanzdienstes wiederholt um Mitteilung, welche liquiden Werte die deutsche Regierung als Bezahlung der 20 Milliarden Goldmark, die im Artikel 235 des Friedensvertrages genannt sind, anbieten könne. In Erwiderung auf dieses letzte Schreiben und auf das vom März schrieb uns die Kriegslastenkommission am 23. Juni 1920, daß die deutsche Regierung an die Reparationskommission das Erlöschen richten werde, auf die ersten 20 Milliarden Goldmark entsprechend dem Artikel 235 des Vertrages alle Lieferungen und Leistungen, welche Deutschland bis zu diesem Tage bewirkt habe und bis zum 1. Mai 1921 bewirkt würde, und welche Deutschland auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden können, in Anrechnung zu bringen.

Dementsprechend erhielt die Kommission unter dem 20. Januar 1921 eine deutsche Denkschrift mit einer Zusammenstellung der von Deutschland bisher aus dem Friedensvertrage und seinen Vorverträgen getätigten Lieferungen und Leistungen, die Deutschland auf seine Wiederherstellungsverpflichtungen anzurechnen sind. Ohne im Augenblick in eine Erörterung dieser Denkschrift eintreten zu wollen, haben wir Sie durch Schreiben vom 25. Februar davon benachrichtigt, daß diejenigen Beträge, die wir im Augenblick auf Grund des Artikels 235 gutbringen können, nur mit knapper Not acht Milliarden Goldmark erreichen werden, woraus sich ein Saldo von mindestens 12 Milliarden ergeben würde, die Ende April zu zahlen wären. In demselben Schreiben sagten wir Ihnen, daß die Kommission ihre Bemerkungen über die Art, wie die deutsche Regierung ihre Verpflichtungen abdecken würde, gegen entgegennehmen würde. Wir wären übrigens ganz überzeugt davon, daß die deutsche Regierung seit langem die Zweck Erfüllung der genannten Verpflichtung zu ergreifenden Maßnahmen erwogen hatte. Erst gestern, am 14. März 1921, erhielten wir nach dringender Erinnerung die Antwort der deutschen Regierung auf unser Schreiben vom 26. Februar. In dieser Antwort, welche im übrigen dem Artikel 235 und dem § 12 der Anlage 2 des Teiles 8 des Vertrages von Versailles eine Auslegung gibt, hinsichtlich welcher die Reparationskommission alle Vorbehalte macht, erklärt die deutsche Regierung, daß sie ihre Verpflichtungen aus dem Artikel 235 erfüllt hat. Das ist ein rein formeller Einwand. Unter diesen Umständen müssen wir Ihnen im formellsten Weise die Verpflichtung in Erinnerung rufen.

Vor dem 1. Mai 1921 sind für den ungedeckten Teil der 20 Milliarden Goldmark des Artikels 235, d. h. mindestens 12 Milliarden, sei es in Gold, sei es in fremden Devisen nach dem Kurse des Dollars am Tage der Regulierung, zu zahlen. Vor dem 23. März 1921, ein Termin, welcher strikte inne zu halten ist, muß die deutsche Regierung eine erste Zahlung von einer Milliarde Goldmark in Anrechnung auf die geschuldeten 12 restlichen Milliarden machen. Diese Zahlung muß entweder in französischen Franken auf d. 3 Konto der Kommission bei der Bank von Frankreich oder in Pfund Sterling auf das Konto der Kommission bei der Bank von England oder in Dollars auf das Konto der Kommission bei der Federal Reserve in New York erfolgen. Sie wird im übrigen in der Wertungen dieser verschiedenen Währungen erfolgen können.

...sche der deutschen Regierung angemessen erscheinen. Die Umrechnung wird am Tage der Zahlung nach dem Dollarkurs in New York stattfinden. Bevor die Kommission festsetzt, zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise die weiteren Zahlungen zu entrichten sind, welche es Deutschland ermöglichen sollen, sich des Mehrbetrages seiner Verpflichtung zu entledigen, wird die Kommission damit einverstanden sein, alle Vorschläge zu erwägen, welche ihr spätestens vor dem 1. April 1921 durch die deutsche Regierung unterbreitet werden, um einen Teil des Goldes und der fremden Devisen durch Lieferung von Waren oder Übertragung fremder oder deutscher Wertpapiere zu ersetzen. In derselben Frist könnte die deutsche Regierung, um die Erledigung des Restes ihrer Schuld auf Grund des Artikels 235 zu ermöglichen, der Reparationskommission Vorschläge auf Übernahme einer äußeren Anleihe, deren Betrag der Kommission zuschießen würde, unterbreiten.

Anmerkung des Wolffschen Telegraphischen Bureaus: Bekanntlich steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß die 20 Milliarden bereits bezahlt sind. Sollte noch ein Fehlbetrag vorliegen, so würde das lediglich die Zahlungspflicht Deutschlands nach dem 1. Mai 1921 erhöhen. Die nicht eingelösten unverzinslichen Schatzanweisungen wären in bezugslos umzutauschen. (§ 12 Absatz 1 der Anlage 2 zu Artikel 244 des Vertrages.) Der demgegenüber in der Note der Reparationskommission vom 15. März eingenommene Standpunkt ist auch wirtschaftlich unverständlich. Die plötzliche Einziehung eines sehr erheblichen Teils, der Deutschland noch zur Verfügung stehenden internationalen Zahlungsmittel würde die von den Unteralliierten noch in London angeblich angestrebte endgültige Regelung einer geordneten Abtragung der deutschen Reparationspflicht völlig unmöglich machen. Sollte hinter dem angedrohten Schreckgespenst der plötzlichen Zahlung von 1 bis 12 Milliarden Gold, also weit über 150 Milliarden Papier, die Wächter stehen, uns die Pariser Beschlüsse nachträglich schmählicher zu machen, so können wir in aller Ruhe darauf hinweisen, daß diese Beschlüsse diese Frage völlig offen ließen. Anscheinend bezweckt man eine nachträgliche Begründung der Londoner Zwangsmaßnahmen zu schaffen, die das allerdings bitter nötig haben. Fast wie eine Fronte mutet es an, daß zum Schluß der eben in London von der Hand gewiesene Gedanke der Anleihe von der Kommission aufgenommen ist, als ob die Anleihe nach Verhängung der Zwangsmaßnahmen größere Aussicht hätte!

Zusatzbedingungen zur Reparationsbill.

Im englischen Unterhause erklärte Chamberlain, er sei bereit, den 31. März als festen Zeitpunkt für den Eintritt der Reparationsbill anzunehmen. Dieses Datum wurde in die Bill eingefügt. In der Ausschussberatung der Reparationsbill wurde von unabhängigen Liberalen ein Abänderungsantrag eingebracht, in dem vorgesehen ist, daß keine Abgaben auf Grund der Bill erhoben werden, bevor eine gleiche Befreiung von den assoziierten und alliierten Mächten, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, eingeführt worden ist. Chamberlain erklärte, es sei nicht wünschenswert, daß England keinerlei Aktionen in der Angelegenheit unternähme, selbst wenn es dabei allein stehen würde. Es sei eine Deutschland auferlegte Maßnahme, die in doppelter Richtung wirken könne: Entweder als Strafmaßnahme für Nichterfüllung des Friedensvertrages, indem sie den deutschen Handel beschränke, wenn Deutschland keinerlei geeignete Vorkehrungen treffe, um die deutschen Kaufleute zu entschädigen. Wenn Deutschland andererseits die geeigneten Maßnahmen treffe, so werde die Bill automatisch zur Ansammlung der geschuldeten Reparationen dienen. Chamberlain erklärte, er bitte das Haus, unter diesen Umständen, mit der Maßnahme fortzufahren, ohne Rücksicht darauf, welche Aktionen von der Gesetzgebung der anderen Länder der Alliierten getroffen würden. — Lord Robert Cecil fragte, ob Chamberlain irgend welche Gründe habe, daran zu zweifeln, daß die anderen Nationen die Absicht hätten, eine gleichgehende Aktion ähnlicher Art zu unternehmen. Chamberlain erklärte, es sei für ihn unmöglich, für ein halbes Duzend verschiedener Regierungen zu sprechen. Das Amendement wurde hierauf abgeändert und lautet: Vorausgesetzt, daß keine Zahlung stattfindet und eine gleiche Befreiung von den gesetzgebenden Körperschaften Frankreichs, Italiens, Belgiens angenommen werde. — Dieses Amendement wurde mit 218 gegen 70 Stimmen angenommen.

Die gestrige Beratung der Reparationsbill im Ausschuss ergab, wie die „Zf. Zg.“ meldet, wichtige Aufschlüsse. Während die Opposition den Streikcharakter allein für zulässig erklärt, zieht die Regierung auf eine dauernde Maßnahme ab, wobei Lloyd George auf den Vorschlag des Ministers Dr. Simons anspricht, die Zahlungen den einzelnen Alliierten verschieden zu leisten. Lloyd George deutet an, daß Frankreich durch den

Wiederaufbau entschädigt werden sollte, was Frankreich, wenn ernsthaftes Angebot gemacht würde, nicht ablehnen könne, England dagegen durch Barzahlung bzw. Prozentabgabe. Aus dieser Absicht erklärt sich erstens die Tatsache, daß laut einer Mitteilung Chamberlains, der Prozentfuß zunächst nur höchstbegrenzt ist, während die Möglichkeit offengehalten wird, mit Deutschland einen geringeren Prozentfuß zu vereinbaren auf Grund etwaiger deutscher Gegenvorschläge. Zweitens erklärt sich daraus das Bestreben, das Gesetz in Gang zu setzen ohne Rücksicht auf die Beschlüsse anderer Alliierten sowie vorläufig keinerlei Verpflichtung zur Einweisung des Erlöses in einen gemeinsamen Pool zu übernehmen.

Zur Frage einer amerikanischen Vermittlung.

Schreibt man der „Morning Post“ aus Washington, daß der Vorschlag, die Vereinten Staaten sollten als Schlichter zwischen den Parteien auftreten, der zuerst von bedeutenden New Yorker Geschäftsleuten gemacht wurde, jetzt dem „New York Herald“ warm betreten werde. Der „Herald“ schreibe, keine der beiden Parteien könne jetzt etwas unternehmen, ohne eine Unterstützung von außen, die von den Alliierten begrüßt u. von Deutschland keineswegs abgelehnt werden würde. Als Vermittler würden die Vereinten Staaten ihren Standpunkt der Nichtmischung in europäische Angelegenheiten nicht aufgeben, sondern nur das Harding'sche Programm der Wiederherstellung des Friedens und des Friedens willen durchführen. Der „Herald“ erklärt, das Hauptinteresse der Vereinten Staaten sei die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas im Interesse des amerikanischen Handels. Es handele sich um eine kommerzielle und nicht politische Bewegung, denn solange die Kruppen der Alliierten in Deutschland händen, sei es schwierig für die Vereinten Staaten, Frieden mit Deutschland zu machen. Während einige Senatoren dem Plan einer amerikanischen Vermittlung nicht abgeneigt sind, erklärt die Mehrzahl der Senatoren, es sei unmöglich, diesen Plan ernstlich in Erwägung zu ziehen.

Deutschlands Wiederaufbau.

Am wirtschaftspolitischen Ausschuss führte vorgestern Reichswirtschaftsminister Dr. Schulz u. a. aus: Eine Rechtsgrundlage für die sogenannten Sanktionen sei in dem Friedensvertrage nicht gegeben. Sie würden außerordentlich schwierige Verhältnisse in Deutschland schaffen und es sei notwendig, Gegenmaßnahmen zu treffen. Der Feindbund verkennet, daß Deutschland wenig von seinen Gegnern, besonders auch England, werde kaufen können, wenn sein Außenhandel durch die verlangte fünfprozentige Ausfuhrabgabe erschwert wird. Der Außenhandel werde sich neue Wege suchen müssen. Diese neuen Wege im Handel zu erreichen sei Pflicht der Reichsregierung. In Frage komme eine Erweiterung der Ausfuhrkontrollen, der Beschränkung der Preiskontrolle auf den Meisten und der Mengenkontrolle auf verschiedenen Gebieten, Abbau der Ausfuhrabgabe, sowie als Gegenmaßnahme gegen die drohende Winterbeschäftigung der Industrie eine energische Wiederbelebung des Baumarktes und der Wiederaufbau der Handelsflotte, ferner Erweiterung der produktiven Erwerbslosenfürsorge, Einfuhrverbote für überflüssige Luxuswaren, Vorkehrungen gegen ein neues Loch im Westen sowie eine Verengung des Verbrauchs überflüssiger Einfuhrwaren durch Erhebung von Abgaben. Besprechungen über die Beamtentragen der besetzten Rheinlande mit den Vertretern der Rheinlande fanden unmittelbar bevor.

Darauf führte der Minister des Innern Dr. Simons u. a. aus, es handle sich darum, wie wir aus der gegenwärtigen hochgespannten und gefährlichen Lage der deutschen Wirtschaft am besten herauskommen. Die deutsche Wirtschaft muß fähig gemacht werden, den Ansturm der Zwangsmaßnahmen zu ertragen und die großen Gefahren abzumildern, die auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit aus ihr erwachsen. Sie muß aber gleichzeitig neben diesen negativen Aufgaben des Festhaltens gegenüber den Zwangsmaßnahmen der Gegner sich auch schon positiv vorbereiten auf das, was kommen soll. Denn darüber, sagte der Minister, sind wir uns alle einig, daß wir über kurz oder lang wieder zu Verhandlungen kommen werden und das umso sicherer, je ruhiger wir unsere gegenwärtige Lage überdauern und je fester unsere Nerven sind. Ich bin der Meinung, daß es sich jetzt erweisen hat: Die Methoden unserer Gegner sind jetzt auf die lange Zeit hinaus zersplittert für Deutschlands Finanzleistungen in Annuitäten festzusetzen, hat Risiko gemacht. Wir müssen die Sache jetzt von einer anderen Seite auffassen und die Wiederaufbauaufgaben in den Mittelpunkt unserer ganzen Vorbereitungen stellen, wozu, wie der Minister bemerkte, ein möglichst genauer Plan für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufgestellt werden müsse.

einer anderen Besetzung. Wer man auf dem unglücklichen Gedanken gekommen sein, die Kontrolle dieses Stückes, die allenfalls eine Elisabeth Friedrich mit dem nötigen Glanz und Charme auszufüllen vermöchte, gerade Frau v. Thyssa zu geben, der doch für Aufgaben dieser Art darstellerisch ziemlich alles fehlt, wenn sie auch gefanglich befriedigt? Und wie kam es, daß man für die Rolle des zweiten Liebhabers nicht Herrn Sauerwald, oder, falls dieser im — Zuschauerraum unbeschäftigt war und das Werk unbedingt herausgebracht werden mußte, einen Gast gewann? Herr Kalbach gab zwar was er konnte, besonders gefanglich, mußte aber figurlich u. darstellerisch der Rolle das Meiste schuldig bleiben. Wenn die Aufführung trotz alledem noch einige gute Momente aufwies, so war dies Herrn Rugebauer zu danken, der den Hans von Wapburg, den Geliebten der Herzogin, mit warmer, schöner Stimme und in gewandter, sympathischer darstellerischer Verkörperung gab, und neben ihm Herrn Paul Müller, dessen famos charakterisierter Haushofmeister die Situation zu wiederholtenmalen rettete. Von den übrigen Mitwirkenden war noch Frau Lange-Wale (Baroness Helma) zu nennen, die sich ebenfalls redliche Mühe gab, Humor in die Aufführung zu bringen, des weiteren Herrn Malh. Motta (Zigeunerhauptmann). Die Mehrzahl der übrigen Bühnenleistungen mußten mehr oder weniger dietantisch an. Am Dirigentenpult stand Herr Scheweppe, die Regie führte Herr Lange...

Aus Baden-Baden wird uns geschrieben: Die große „E-moll“-Messe von Brudner wurde mit ungeheurem Erfolg im Kolonialgärtchen vom gemischten Chor des „Cäcilienvereins“ unter Musikdirektor Schäfers Leitung, unterstützt vom Bläserchor des städtischen Orchesters, wiederholt. Voran ging der 1. Satz der 7. Symphonie von Brudner, gespielt vom städtischen Orchester unter Musikdirektor Feins Leitung. Eine wertvolle Bereicherung unseres klassischen Spielplans war eine sehr würdige von Shalperspeckem Geleit erfüllte Aufführung von „Romeo und Julia“ unter Dr. Hans Waags durchdringender Regie. Ludwig Sievert hatte sehr stilvolle malerische Bühnenbilder entworfen und Karl Salomon eine außerordentlich geistvolle und wunderbaren Stimmungsbildende Musik dazu geschrieben.

Diese Probleme hängen aber eng zusammen mit den Steuerungsproblemen in Deutschland, denn wir könnten unsere Kraft bei unserer eigenen Not nicht ausschließlich in den Dienst der Gegner stellen. Dr. Simons hält deshalb dafür, daß der Plan der Wiederaufbauarbeiten in ganz großem Maße in Angriff genommen werden müsse und bittet dabei vor allen Dingen um die Mitarbeit der Wirtschaftskreise des deutschen Volkes. Wer das gerüde noch nicht, um aus der Zwangslage der europäischen Gesamtwirtschaft herauszukommen, außerdem müsse ein Mittel gefunden werden, um der dringenden Kapitalnot der französischen Wirtschaft eine Möglichkeit der Milderung zu verschaffen. Das können wir, sagte Dr. Simons, auf die Dauer nur durch unsere Arbeit, die wir als Gewährleistung und Sicherheit für eine Anleihe einsehen, mit der wir den französischen Finanzbedürfnissen entgegenkommen können. Auch diese Arbeit müsse unbedingt gebrüht werden, denn sie sei so viel schwerer als die erste und könne so viel weniger von uns gelöst werden, weil sie viel unmittelbarer auf internationale Zusammenarbeit abgestellt sei. Aber auch hier müßten wir Vorbereitungen treffen. Damit wir, wenn die Zeit gekommen ist, wo wir uns wieder an den Verhandlungstisch setzen, mit wirklich ausgearbeiteten Plänen kommen. Unbedingt muß hier etwas von uns geschehen, weil die Gegner sich mit den Annuitäten festgerannt haben. Wenn die Zeit gekommen sei, müßten wir bereit sein, vielleicht bereit, als dies früher der Fall gewesen war.

Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Reichstagsberatung wurde der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums beraten. Als Beilage für die Breslauer Messe werden 400 000 Mark, für die Frankfurter Messe 300 000 Mark und ebenso viel für den Handelshof in Stuttgart angefordert. Ferner lag ein deutsch-nationaler Antrag vor, die Reichsregierung zu erlöchen, bei den über die Westgrenze nach Deutschland eingeführten Weinen die Verpflichtung zur Abgabe des Anbaubeschusses einzuführen und bei Abschlüssen neuer Handelsabkommen mit auswärtigen Staaten die Einfuhr von Weinen aus dem Ausland in keiner Weise zu begünstigen und nicht auf Kosten der Einfuhr wichtiger Nahrungsmitel und Rohprodukte zu bezuzugen. Der deutsch-nationale Antrag wurde gegen die Unabwägigen angenommen, ebenso die Anträge über die Messeträge.

Die Abstimmung über den Haushalt des Innenministeriums, die am Mittwochabend nicht mehr hatte vorgenommen werden können, mußte abermals zurückgestellt werden, da das Haus wiederum sehr spät beschloß.

Es folgte die Beratung der Haushaltspläne des Reichsministeriums des Reichsanwalts und der Reichsanwaltschaft und des Reichsministeriums des Auswärtigen.

Nach Annahme der Titel Technische Nothilfe, Ausschmückung des Reichstagsgebäudes und des Restes des Etats des Ministeriums des Innern mit den Entschlüsselungen, ferner des Etats des Reichsanwalts, des Ministeriums des Auswärtigen und der Reichsanwaltschaft wurde der Rest des Etats ohne weitere Debatte angenommen, ebenso eine Entschlüsselung des Ausschusses, wonach der Zentrale für Heimatdienst ein parlamentarischer Beirat gegeben werden soll. Der Haushalt des Reichstags wurde ohne Aussprache bewilligt.

Beim Haushalt des Reichsverkehrsministeriums erklärte Reichsminister Geiner, der Etat für 1921 bedeute das Programm der Wiedergewinnung des Eisenbahnwesens. Mit dem vorbereitenden Eisenbahngesetz wolle wir unser Eisenbahnwesen auf eine gesunde, kaufmännische Basis stellen. Das Gesetz wird dem Reichstage bald zugehen können. Eine wichtige Aufgabe ist auch die Befundung des technischen Apparates zur möglichststen Leistungsfähigkeit. Wir werden bei den organisatorischen Maßnahmen nicht an der Spitze, sondern unten bei den örtlichen Direktionen anfangen, damit die Schweißarbeit vermindert wird. Überall finde ich völlige Verstandnis für diese Art Dezentralisation. Die Personalreform ist bei dem Eisenbahnpersonal der Eisenbahn eine schwere Aufgabe. Dieser Eisenbahnbetrieb läßt sich nur zusammenhalten, weil bei den deutschen Eisenbahnen der Sinn für Ordnung und Staatsautorität bereits wieder im Wachsen ist. (Beifall.) Die Arbeitsfreudigkeit nimmt zu. Ich halte es für meine Pflicht, in der materiellen Fürsorge für das Personal an der Spitze zu stehen. Bei den Aufträgen wollen wir möglichst die Industrie berücksichtigen. Der Gesamtzustand der Eisenbahnen ist jetzt so, daß ihre Übernahme durch das Reich nicht mehr aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen ein Vorteil war. Der Güterverkehr läßt eine günstige Entwicklung erhoffen. Auch die Diebstähle werden immer mehr eingedämmt. Ich hoffe, daß die Einstellung eines neuen technischen Staatssekretärs einen neuen Schwung in die Verwaltung bringen wird. Wenn wir an die Leistungen der deutschen Eisenbahnen vor dem Kriege denken, dann berechtigt uns das zu der Hoffnung, daß wir mit den Bahnen bald wieder in die Höhe kommen werden.

Angenommen wurde ein Antrag Schiffer (Dem.), den Korporationen des Handwerks die für das Handwerk vorgesehenen Arbeiten zu angemessenem Preise zu übertragen, ferner ein Antrag, zur Vermeidung der Tuberkulose erhöhte Mittel einzusetzen und weiterer Antrag, die Organisation der Vereine baldigst vorzunehmen, sowie ein Antrag auf Vereinfachung größerer Mittel zur Unterstützung des Baues von Kleinbahnen aus wirtschaftlichen Gründen, besonders zur Verbesserung der Arbeitslosigkeit. Der Haushalt des Verkehrsministeriums wurde erledigt. Sodann begann die Beratung des Posthaushalts. Fortsetzung heute.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Vor einer Woche hat die deutsche nationale Fraktion des neuen preussischen Landtages durch ihren Vorsitzenden Herr an die übrigen nichtsozialistischen Fraktionen ein Schreiben gerichtet, worin sie zur Bildung einer gemeinsamen bürgerlichen Regierung einlud und der Begründung, daß durch den bekannten Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion die Einbeziehung der Sozialdemokraten in die Regierung nicht mehr möglich sei. Der Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Dominicus, hat am 13. März dieses Schreiben im Auftrage seiner Fraktion folgendermaßen beantwortet:

„Auf das gefällige Schreiben vom 9. d. Mts. beehren wir uns in Übereinstimmung mit einem heute gefassten Beschluß unseres Parteiausschusses folgendes zu erwidern: Auch wir sind der Überzeugung, daß aus innen- und außenpolitischen Gründen die Bildung der neuen preussischen Regierung auf der Grundlage der nationalen Einheitsfront das Gebot der Stunde wäre. Wie Sie selbst sagen, ist dieses Ziel aber zurzeit nicht zu erreichen. Durch die Verwirklichung ihres Vorschlages würden wir diesem Ziele nicht nur nicht näher kommen, sondern uns von ihm entfernen.“

Die demokratische Fraktion hat, so bemerkt die „Zf. Zg.“, mit diesem Antwortschreiben auf neue ihre Entschlossenheit bekundet, sich an dem Bürgerblock, der von der Rechten unter deutscher nationaler Führung angestrebt wird, unter keinen Umständen zu beteiligen. Da auch das Zentrum wiederholt erklärt hat, an einer Reichsregierung nicht teilnehmen zu wollen, darf dieser Plan der deutsch-nationalen als gescheitert gelten. Aber diese Klärung hinaus ist die Regierungsbildung in Preußen aber bis heute noch keinen Schritt vorwärts gebiegen.

Landestheater.

Ihre Hoheit, die Längerin.

Es geht beim besten Willen nicht, die gestrige Erstaufführung der Operette Walter M. Goehes ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Landestheaters zu nennen. Das gilt hinsichtlich des Wertes und der Aufführung, ganz besonders der letzteren. Die Operette selbst ist Duzendware, nicht besser und nicht schlechter als die Mehrzahl dieser Gattung. Eine Fabel aller-einfachster Art: der Verkleidungsscherz einer Herzogin, die ihren erwählten Anbeter in der Wüste seiner einstigen Geliebten, einer spanischen Längerin — ihrer Doppelgängerin —, auf die Standhaftigkeit seiner neuen Liebe hin prüft und ihn für die als echt befundene, wenn auch zeitweilig etwas ins Tremolieren geratene Neigung durch die Ernennung zum Leutnant der herzoglichen Leibgarde und damit auch zum Ehegeliebten belohnt. Dazu das übliche Drum und Dran, harmlos aber auch arm an Witz. Nur der letzte Akt hat eine wirklich lustige Szene, aber sie ist auseinandergezogen, wie in einem Prokrustesbett. Die Musik ist dem Text adäquat, vielleicht um einen Grad besser, vor allem flüssig und präzisionslos, aber auch ohne persönliche Note, ohne Jüngerkraft und Temperament. Den ganzen Melodienbrei, in den das rhythmische Skelett dieser mit Kapellmeisterlicher Routine geschriebenen Nieder, Kanzduette und Ensembles getaucht ist, hat man schon zu unzähligen Malen genossen. Wenn anderswo das Stück über 100 Aufführungen hintereinander erlebte, so beweist das nur, daß sich der Massengeschmack seit den Zeiten, in denen ein Gilbert Niefensummen bediente, noch wenig gehoben hat (mobei übrigens zur Ehre des Karlsruhe Publikums festzustellen sein mag, daß es sich gestern nur zu recht mäßigen Beifallsgewandungen begeistern ließ) oder aber, daß die Aufführung anderwärts ganz erheblich besser war.

Vielleicht vermöchte das Werk in der Tat doch etwas mehr zu befriedigen, wenn man es in einer gebiegeneren Wiedergabe hören könnte, vor allem in einem weniger schleppenden Tempo (die Aufführung dauerte von 7 bis gegen 11 Uhr statt 10) wobei zu beachten ist, daß die Operette keine Overtüre hat!), mit entsprechenden Kürzungen, in operettenmäßiger, flotter szenischer Aufmachung, in einer Vorbereitung, die wenigstens den Ansprüchen einer normalen letzten Probe genügen würde, nicht zuletzt auch in

Eine neue Erklärung von Kabrs.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des bayerischen Landtages gab Ministerpräsident Dr. von Kahr eine längere Erklärung ab, die den Zweck verfolgte, seine jüngste Rede zu interpretieren, vor allem, soweit diejenigen Wendungen in Frage kamen, die durch den sozialdemokratischen und die unabhängigen Redner eine scharfe Kritik erfahren hatten. Die Tatsache, daß man dem Kampf Bayerns für die Erhaltung der Einwohnerwehr anderwärts nicht die ihm zustehende Bedeutung beimesse, sei noch kein Beweis dafür, daß die bayerische Auffassung unrichtig sei. Die Grenze der Macht, über die Bayern verfüge, um sich erfolgreich für diese Überzeugung einzusetzen, bedeute gleichzeitig die Grenze der Verantwortung, die Bayern bei der Lösung dieser Frage trage. Aus seinen (Kabrs) Äußerungen dürfe man nicht die Absicht gegen die Reichsregierung zu revidieren, herauslesen; sein Kampf für die Einwohnerwehr sei ein Kampf nicht gegen, sondern für das Reich; die Ansicht, daß das Festhalten an der Einwohnerwehr die Treue zum Reich ausschließe, sei unrichtig. Eine abschließende Qualifizierung der Staatsmänner der anderen deutschen Staaten habe ihm fern gelegen. Dies betonte er nicht etwa, um sich künftig eine bessere Aufnahme in Berlin zu sichern (Seiterkeit). Er gehe, wie er das bei seinem Amtsantritt betonte habe, seinen Weg mit dem einen Ziel: dem Wohl des Vaterlandes. Heute könne die Staatspolitik sich nur auf einer mittleren Linie bewegen und diese eingehalten habe er sich immer bemüht.

Die bankrotte polnische Wirtschaft.

Nach einer Meldung der Breslauer „Schlesischen Zeitung“ hat die polnische Regierung in Warschau infolge des Sinkens der polnischen Valuta die Warschauer Börse geschlossen. Die größeren Firmen in Warschau weigern sich, Zahlungen in polnischer Mark anzunehmen. Infolgedessen steigt die deutsche Mark in Warschau weiter. Die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Ludowa“ veröffentlicht eine Bekanntmachung der polnischen Bank Ludowa, daß die Bank die Entgegennahme von Depositionen in polnischer Valuta einstelle. Die polnische Volkswirtschaft in Gleichheit hat schon vor vielen Wochen kein polnisches Geld mehr entgegengenommen und sich geweigert, dafür deutsches Geld einzuzuwandeln.

„Täglicher Rundschau“ hat der polnische Minister für Nahrungsmittelversorgung in Warschau die Schließung aller Privatbäckereien angeordnet und den freien Handel mit Brot verboten. Alle diese Meldungen beweisen, wie das Blatt sagt, daß sich die Verhältnisse in Polen mit Riesenschritten dem Zusammenbruch nähern.

Kurze polit. Nachrichten.

• Vertrauensvotum für Briand. Die französische Kammer genehmigte mit 491 gegen 70 Stimmen einen Vertrauensantrag für das Ministerium Briand.

• Die Sowjettruppen in Kronstadt. Aus Riga wird telegraphiert. Die bevollmächtigten Vertreter der Sowjetregierung in Lettland erhielten ein Telegramm vom Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau, wonach Kronstadt von den Sowjettruppen eingenommen ist.

• Rücktritt Bonar Law. Im englischen Unterhaus gab Lord George gestern bekannt, daß Bonar Law aus Gesundheitsgründen zurückgetreten sei. Diese Mitteilung rief im Unterhaus große Überraschung hervor.

Badische Webersicht.

Badischer Landtag.

LPD. Sämtliche Fraktionen des Badischen Landtages hielten gestern in ihren Fraktionszimmern Sitzungen ab, in denen die Reform des badischen Beamtenbesoldungsstatutes beraten wurde.

Entscheidungen des bad. Verwaltungsgerichtshofes.

(Originalbearbeitung für die „Karlsruher Zeitung“.)

1. Aufhebung einer vom Bürgerausschuß vorgenommenen Bürgermeisterwahl wegen Unrichtigkeiten in der Größe, Farbe und Papierstärke der Stimmzettel für die beiden Kandidaten.

a) Größe, Farbe und Papierstärke bei den Zetteln des einen Kandidaten waren allerdings nicht genau so, wie bei den Zetteln des anderen Kandidaten. An dem unbedeutenden Größenunterschied der beiden Zettel läßt sich aber nicht erkennen, welches der eine und welches der andere Zettel ist, wenn man — was bei der Wahlhandlung allein in Betracht kommt — nur den einen, nicht aber gleichzeitig auch den anderen Zettel zur Vergleichung in der Hand hat. Dazu kommt, daß die Zettel gefaltet zu übergeben waren und jede Faltung die Erkennbarkeit der Unterschriften noch verringert. Auch die Farbenunterschiede sind zu unbedeutend, als daß die Wahlkommission bei den nach einander gefaltet übergebenen Stimmzetteln hätte feststellen können, welcher Zettel auf den einen oder den anderen Kandidaten lautete. Dagegen besteht in der Papierstärke bei den zwei Arten von Zetteln freilich eine nicht ganz unerhebliche Verschiedenheit. Jedoch ist in beiden Fällen das Papier mittelstark und von der Sollstärke des § 8 Abs. 2 GemWahlO. daher nicht abzuweichen. Darum ist auch keiner der Zettel mit einem „Kennzeichen“ versehen; denn als Kennzeichen läßt sich nur eine Eigenheit ansehen, die dem Zettel einen von der Ordnung abweichenden Charakter ausprägt. Daßer bei der Unterscheidung in der Papierstärke zwischen den zwei Arten von Zetteln der Wahlkommission keine Grundtatsache, die dünneren oder die stärkeren Zettel als mit einem Kennzeichen versehen nach § 12 Abs. 1 Ziff. 3 GemWahlO. für unzulässig zu erklären.

b) Infolge der Verschiedenheit der Stimmzettel in der Papierstärke ist auch die geheime Stimmgebung bei der Wahl (§ 20 Abs. 3 GemWahlO.) nicht aufgehoben worden. Zwar ist der Eintritt dieser Möglichkeit, insbesondere bei einer Wahl ohne Vertagung von Umständen, nicht schlechthin davon abhängig, daß die Stimmzettel mit einem ihre Ungültigkeit bedingenden Kennzeichen (§ 8 Abs. 1, 12 Abs. 1 Ziff. 3 GemWahlO.) versehen sind; denn auch ein Unterscheid unter nicht gekennzeichneten gültigen Stimmzetteln, der sich innerhalb der Grenzen der Ordnung hält, kann unter Umständen die Annahme zulassen, daß eine geheime Stimmgebung nicht stattgefunden hat. Allein so groß ist der Unterschied in der Stärke und Steifheit der Stimmzettel nicht gewesen, daß auch

nur mit einiger Sicherheit den abgegebenen gefalteten Zetteln während des Wahlschlusses, bei dem jeder Zettel nur während Sekunden in der Hand des Vorsitzenden der Wahlkommission geblieben sein kann und wobei auch mit der Möglichkeit einer Abgabe handschriftlich geänderter Zettel gerechnet werden mußte, anzuführen war, auf wen sie lauteten. Aber auch die Wähler konnten sich durch die Befürchtung, es könne überwacht werden, wie sie stimmten, in der freien Wahlausübung mit Grund nicht beschränkt fühlen. Denn die Verschiedenheiten der Stimmzettel waren nicht so groß, daß man, wenn man sie auch kannte, damit zu rechnen hatte, sie erlaubten eine Überwachung der Stimmgebung. Aberdies hätte der Wähler es in der Hand gehabt, eine Nachprüfung des Zettels durch handschriftliche Abänderung desselben zu durchzuführen.

c) Die beantragte Ungültigkeit der Wahl war sonach nicht auszusprechen, und zwar umso weniger, als die unbeschäftigte Verschiedenheit im Papier der verschiedenen Stimmzettel nicht leicht einen Grund zur Ungültigkeitserklärung einer Wahl geben darf.

Urteil vom 18. Mai 1920 Nr. 2138.

Eine Umfrage über die „Südwestdeutsche Wirtschaftsprovins“.

Das „Südwestdeutsche Industrie- und Gewerbeblatt“ veranstaltete eine Umfrage über die Frage der „Bezirkswirtschaftsräte und die südwestdeutsche Wirtschaftsprovins“. Das Organ erhielt hierzu zahlreiche Antworten, meist positiven Gepräges. Zum Einblid in die Stimmungen geben wir die Antwort einiger der Angefragten wieder.

Oberlandesgerichtspräsident Abg. Dr. Jechter-Karlsruhe schreibt: „Die Bezirke sollten nicht zu klein gemacht werden. Württemberg, Hohenzollern, Baden, Südbaden und die Pfalz könnten zu einem Bezirk vereinigt werden.“

Abg. Dr. Kraus-Weilberg erklärt: „Ich halte den organisatorischen Ausbau des wirtschaftlichen Systems für die brennendste wirtschaftliche Tagesfrage. Ein gemeinsamer Bezirkswirtschaftsrat für Baden, Württemberg, Pfalz und Hessen-Saarland würde den gemeinsamen Interessen dieser Länder entsprechen.“

Bankier Adas Krebs-Freiburg meint: „Ich halte es für richtig, zuerst die Aufgaben der Bezirkswirtschaftsräte festzustellen, da es nur erst dann möglich erscheint, das Für und Wider der Abgrenzung, Zuständigkeit und Einrichtung zu erörtern.“

Arbeitersekretär Ribert-Mannheim äußert: „Die Voraussetzung für die Errichtung der Bezirkswirtschaftsräte ist die Schaffung der Bezirksarbeiterräte, sowie der Verbraucherverbände. Zur Abgrenzung des südwestdeutschen Wirtschaftsbezirks halte ich die Zusammenfassung Badens mit Württemberg, der Pfalz und Südbaden für dringend geboten.“

Kommerzienrat J. Schöler-Ludwigsweiler stellt fest: „Was die bayerische Rheinpfalz betrifft, so stehe ich mit vielen führenden Persönlichkeiten von Industrie und Handel der Pfalz auf dem Standpunkt, daß die Rheinpfalz mit Baden und Württemberg noch mit Württemberg zu einem Wirtschaftsbezirk zusammengefaßt werden muß.“

Abg. Konrad Gummann-Stuttgart: „Gegen Einteilung der deutschen Wirtschaft in „Wirtschaftsprovinsen“ habe ich starke Bedenken. Dagegen glaube ich, daß, wo eine natürliche Nachbarschaft und Gemeinschaft sich entwickelt hat, ein planmäßiges und organisiertes Zusammenarbeiten schon jetzt möglich, zweckmäßig und notwendig ist. Eine gleichartige Entwicklung vieler Wirtschaftszweige hat sich angeblich zwischen Baden und Württemberg. Wenn beide Länder sich entschließen, in wirtschaftlichen Hauptfragen gemeinsam vorzugehen und Differenzen in Reihenfragen unter sich auszugleichen, so wird sich ihnen Südwestdeutschland häufig anschließen.“

Aus der Landeshauptstadt.

Badischer Kunstgewerbeverein e. V. Die Hauptversammlung des Badischen Kunstgewerbevereins fand am 6. März d. J. im Künstlerhaus statt. Herr Professor Reck erstattete den Jahresbericht. Nach diesem zählt der Verein 333 Mitglieder mit einem Gesamtvermögen von etwa 19 000 Mark. Der Bericht enthält Mitteilungen über den feineren Teil vom Verein und der Landeswirtschaftsstelle veranstalteten Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Beleuchtungskörper aus zeitgemäßen Werkstoffen, über gesellschaftliche Veranstaltungen des Vereins (Ausflug in den Schweininger Schloßgarten) über die im Herbst stattfindende Holzmesse, über die Aufnahme von Studierenden der Landeskunstschule, des Staatstechnikums und der Kunstgewerbeschule Pforzheim als außerordentliche Mitglieder mit einem Jahresbeitrag von 6 M. und über die Erhöhung der ordentlichen Mitgliedsbeiträge von 10 auf 20 M.

Auch die Reichstagsfrage beschäftigte in anregender Weise die Hauptversammlung, eine entgeltliche Lösung wird in dieser Sache vom neuen Vorstand erwartet.

Der Vorstand sah nur durch das plötzliche Ableben des verdienten, hochgeschätzten Mitgliedes, Herrn Architekt Rittich, der seinem Amtsvorgänger, Herrn Scheinmetz, Professor Doffner, so schnell im Tode nachgefolgt, abermals betrauert. Herr Prof. Reck fand warme Worte der Anerkennung für die Verdienste, die sich der heimgegangene Künstler um den Verein erworben hat.

Bei der folgenden Vorstandswahl wurden gewählt: Herr Oberbürger, Professor Dr. Hermann Willing zum 1. Vorsitzenden, Herr Willhauer, Professor Georg Schreindl zum 2. Vorsitzenden, Herr Maler Schmitt-Spahn zum Schriftführer und Herr Kaufmann Franz Weil zum Schatzmeister. Die satzungsgemäß auszuführenden Vorstandsmitglieder: die Herren Buchdruckermeister Friedrich Lang, Schlossermeister Friedrich Lang, Professor Alfred Kufse, Malermeister Weinschenk und Weidenermeister Weis und die Rechnungsprüfer, die Herren Sauer und Maybach, wurden wiedergewählt.

Dem wegen seines Bezuges von Karlsruhe ausscheidenden langjährigen Vorstandsmitglied, Herrn Prof. Reck, dankte Herr Buchdruckermeister Friedrich Lang am Schlusse der Versammlung im Namen der Anwesenden herzlich für die treue langjährige Arbeit im Dienste des Vereins.

LPD. Ausweitung eines Karlsruher Pressevertreters aus Obersachsen. Die Franzosen haben den Vertreter der „Badischen Presse“, Redakteur Richard Boldeauer, der den Abstimmszug der Oberpfälzer aus Baden als Berichterstatter begleitet hatte, aus Obersachsen ausgewiesen. In Pappenheim, der ersten Station im Abstimmungsgebiete, wurden die Reisenden kontrolliert. Dabei erteilte Herrn Boldeauer sein Schicksal. Jede Weiterung, er wolle als Berichterstatter nach bis Oppeln mitfahren und dann die Rückreise antreten, half nichts. Man führte Herrn Boldeauer vor den wachhabenden Offizier, der ihn mißtrauisch mit der Reichspolizei in der Hand von oben bis unten musterte. Dann wurde er unter Bedeckung in das Waghöfchen abgeführt. Später wurde Herr Boldeauer durch einen Wagen des deutschen Schutzbundes unter bewaffneter Begleitung bis zur Abstimmungszone gebracht. Herr Boldeauer konnte auf seiner Fahrt feststellen, daß in Obersachsen trotz des polnischen Terror die beste Stimmung für Deutschland herrscht.

Badische Zeitungstimmungen.

(Mit dem Inhalt der vier badischen Zeitungstimmungen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungstimmungen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Stimmungen und Ansprüchen, wie in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

Die deutschnationale Wahlparole.

Unter dieser Überschrift bemerkt der Karlsruher „Salksfreund“ zum Verlauf der Sitzung des Landesauschusses der Deutschnationalen Volkspartei vom Sonntag:

„Gute Schauspielregisseure haben die Deutschnationalen, das muß man ihnen lassen. Die Regie der Tiergartenkomödie klappte hervorragend. Daß in der Frage des Verhältnisses zur Sozialdemokratie Übereinstimmung herrschte, halten wir für selbstverständlich. Wir können uns aber nicht erinnern, daß in unserer Partei jemals ein Bedürfnis nach einem Pattieren mit den Deutschnationalen bestanden hätte. Mit Zeitgenossen von dieser anrüchigen politischen Vergangenheit, mit diesem verbrecherischen Vorleben, wie es die Deutschnationalen aufzuweisen haben, ist doch ein Pattieren für jeden einigermaßen auf Reinflichkeit bedachten Menschen einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Diese Szene hätten die Regisseure der Tiergartenkomödie also ruhig streichen können, sie ist überflüssig. — Im Zentrum wird wohl nicht übermäßig große Trauer herrschen, daß Vertreter von der Sorte des Herrn v. Stödingen sich zu den Deutschnationalen geschlagen haben. Wir meinen sogar, es sollte froh sein, daß es diese reaktionären Demmische los hat. Bei den Deutschnationalen bilden diese „Katholiken“ allerdings nur Staffage, Anhängelschild für Dumme; so sagen haben sie nichts. Dafür sorgt schon der protestantische Oberpriester Mayer.“

Auch ein Hohenzoller.

Unter dieser Überschrift schreibt der „Freiburger Bot“: „Von der Rechtsprelle sind gegen den preussischen Finanzminister Beschuldigungen wegen Eigenmächtigkeit erhoben worden, weil dieser die dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gehörige Herrschaft Platon-Krojanke in staatliche Verwaltung übernommen hatte. Der preussische Finanzminister hat sich zur Wehr gesetzt und der Öffentlichkeit jetzt einige Dokumente zum Fall des Prinzen Friedrich Leopold übermitteln, in denen dieser Hohenzoller dem deutschen Volke näher bekannt gemacht wird.“

Prinz Friedrich Leopold befindet sich mit seinem Sohn und seiner Gattin, die bekanntlich eine Engländerin ist, in Lugano. Die prinzipale Familie hat es fertig gebracht, dort Schulden zu machen, die in einem Jahr die staatliche Summe von 10 Millionen Mark erreichten. Zu einer Zeit, als zwischen Italien und Deutschland noch der Kriegszustand herrschte, hat sich der junge Prinz nicht scheut, enorme Summen in der italienischen Spielhölle in Campione zu verlieren. Während der gleichen Zeit versuchten aber diese edlen Hohenzollern, ihren Angestellten den in Deutschland in Mark ausbedungenen Lohn in Francs zum Tageskurs zu bezahlen, so daß es zu höchst unerquidlichen Auseinandersetzungen Deutscher gegen Deutsche vor fremden Behörden kam.

Während Prinz Friedrich Leopold und sein Anhang in Lugano ein Prassieren führten, ließ man zahlreiche kleinere Lieferanten auf Geld warten, und diese warten zum großen Teil heute noch darauf. Um sich Geld zu verschaffen, hat, wie jetzt festgestellt ist, der Prinz versucht, Möbel und Kunstgegenstände aus seinem Palais am Wilhelmplatz zu verkaufen, um den erzielten Betrag ins Ausland zu bringen. Es mußte dem Prinzen bekannt sein, daß eine Reichsverordnung besteht, die Ausfuhr von Kunstgegenständen verbietet und Wertretungen mit Strafe bedroht. Auch der dringende Verdacht, Edelsteine ins Ausland verschoben zu haben, besteht, und es kann deshalb nicht verwunderlich sein, daß sich der Finanzminister unter solchen Umständen mit der Einsetzung einer zielbewußten einheitlichen Vermögensverwaltung befaßt.

Dazu kommt noch als erschwerender Umstand ein Verhalten des Prinzen gegen seine Angestellten, das jeder Beschreibung spottet. Dem Finanzminister ist keine Verwaltung bekannt, in der die Beamten und Angestellten so schlecht bezahlt werden wie in der des Prinzen Friedrich Leopold. So bezieht z. B. sein bestellter Offiziant ein Einkommen, das nur 60 bis 60 Prozent des Existenzminimums ausmacht. Aus den Zeugnisaussagen der Dienerschaft geht hervor, daß die Hunde besser behandelt wurden als die Menschen, weiter, daß die prinzipale Familie die Welt nur vom Standpunkt der königlichen Höhe angesehen hat. Dem bisher noch nicht die Augen aufgegangen sind, der mag in diesen Dokumenten nachlesen, wie notwendig es war, daß mit einem derartigen Standpunkt gründlich aufgeräumt werden mußte.“

Eine neue „deutschnationale“ Zeitung in Baden.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Seit einigen Tagen erscheint mit dem Ausgabort Baden-Baden eine „Südwestdeutsche Morgenzeitung und Handelsblatt“, die nach den uns vorliegenden Nummern offensichtlich eine so stark nach rechts gerichtete Politik verfolgt, daß man sie als deutschnationale Zeitung ansprechen darf. Drucker und Druckort sind schonhafter Weise verschwiegen. Es ist nicht ohne Interesse, in einem Badener Blatt zu lesen, daß die neue deutschnationale Zeitung im Verlag des demokratischen „Rastatter Tageblatts“ gedruckt wird. Noch merkwürdiger ist aber, daß die beiden Redakteure diese demokratischen Blattes auch das deutschnationale Blatt verantwortlich zeichnen. Ihre politische Gesinnung ist offenbar auf einer Dreifachheit montiert, so daß sie abwechselnd je einmal am demokratischen und einmal am deutschnationalen Geleise Anschlag findet. Magden die „Münchener Neuesten Nachrichten“ hier in umgekehrter Richtung Schule mit ihrer deutschnationalen Verlagsleitung und angeblich demokratischen Redaktion?“

Literarische Neuerscheinungen.

Hermione von Kreusken: Dosthowa. Roman. (Verlag Otto Janke Berlin.) Ein Roman, der nicht gerade literarischen Wert beanspruchen darf und eine recht bedenkliche Lebensanschauung vertritt, dafür aber außerordentlich spannende Schilderungen des Salkweltens in Asien (Indien und Japan) enthält; kurz: ein Roman, der förmlich nach der Verfilmung schreit.

Lehrbuch des Schachspiels. Einführung in alle Zweige des Schachspiels von J. Berger (3. Auflage, Preis gebunden M. 3.—. Max Hesses Verlag, Berlin W 15). — Berger lehrt uns die Elemente des Spiels in knapper und verständlicher Form; er mutet dem Anfänger nicht zu viel auf einmal zu, benützt aber jede Gelegenheit, ihm einen Einblick in die Tiefe des Schachs zu gewähren und sein Interesse am Schach gefangen zu nehmen. So führt Berger unermüdet zu den Schwierigkeiten und Problemen des Schachspiels, besonders interessant und originell ist das Kapitel über Fehlerziehungen, bis er endlich bei der Besprechung der berühmtesten Meisterpartien und Kompositionen landet. Kurz das interessanteste und schön ausgestattete Buch, das sich auch als Geschenkwerk eignet, kann nicht warm genug allen Freunden des Schachspiels und solchen, die es werden wollen, empfohlen werden. — r.

Zeitschriftenan.

Der Orchideengarten. „Rosen und Rosen“, so betitelt sich die neueste Sondernummer der Phantastischen Blätter „Der Orchideengarten“.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unter dem 3. März d. J. beschlossen, den Professor Erwin Pfeiffer II vom Gymnasium in Rahr in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium in Rastatt zu versetzen.

Das Staatsministerium hat unter dem 3. März d. J. beschlossen, den Regierungsbaurat Dr. Ingenieur Ernst Guber in Mannheim vom Tage des Dienstantritts an zum ordentlichen Professor für Baustatik, Brückenbau und wissenschaftliche Betriebsführung an der Technischen Hochschule Karlsruhe zu ernennen.

Ernennungen, Verlegungen, Zurückbeziehungen u. der planmäßigen Beamten

Ernennungen, Verlegungen u. von außerplanmäßigen Beamten

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Beamtenverlegungen: dem Verwaltungsschreiber Erich Pfeiffer bei der Unterhaltungsstelle Heidelberg; dem Amtsgehilfen Johann Fridl und Adam Siegmund bei der Unterhaltungsstelle Heidelberg; der Amtsgehilfin Elisabeth Blum

und dem Amtsgehilfen Johann Heigenbusch beim geolog. Institut, Institut der Universität Heidelberg; dem Geiger Sebastian Benz bei dem Laboratorium der Universität Heidelberg; dem Amtsgehilfen Friedrich Burger, Georg König und Johann Kummeln beim pathol. Institut der Universität Heidelberg; dem Amtsgehilfen Adolf Heister beim botan. Institut der Universität Heidelberg; dem Amtsgehilfen Hermann Weid bei der Technischen Hochschule hier.

Planmäßig angeheftete:

als Beauftragten: Karl Pfeiffer und Peter Weis, als Reichsbeamten: Adam Körber und Georg Wiedicke, als Amtsgehilfen: Karl Schick, Max Gierke, Detrich Walter und Detrich Sauer, alle bei der Universität Heidelberg.

Ernennung:

Amtsgehilfe Otto Schmidt bei der Landesmittelschule hier zum Hauptlehrer.

Übertragung wurde:

die Stelle einer Sonderbeamtin bei der Gewerbeschule in Heidelberg der Sonderbeamtin Luise Schill in Karlsruhe.

In gleicher Eigenschaft wurde verlegt:

Hilfslehrer Friedrich Griebel an der Gewerbeschule in Schwetzingen an jene in Mannheim; Hilfslehrer Hermann Kiesel an der Gewerbeschule in Mannheim an die in eine Gewerbeschule umzuwandelnde gewerbliche Fortbildungsschule in Eichenheim; Hilfslehrer Ferdinand Schell an der Gewerbeschule in Heidelberg an jene in Mannheim.

Entlassen auf Verlangen:

Präparator Max Spitz beim zoologischen Institut der Universität Heidelberg.

Badisches Landestheater.

Samstag, den 19. März, abends 7 Uhr. Mk. 14.40.

Madame Legros.

Im Landestheater. So. 20.: Lohengrin. 5 (25.-). — Mo. 21.: Volksbühne. J. S. Der Evangelist. 7. (17.- nur Stehplätze vorhanden). — Die. 22.: Violetta. 7. (17.-) — Mi. 23.: Kabale und Liebe. 6 1/2. (12.-) — So. 27.: Tannhäuser. 5 1/2. (25.-) — Mo. 28.: Hamlet. 6. (14.40.) — Die. 29.: Die Bohème. 7. (17.-)

Im Konzerthaus. So. 20.: Mäna von Barnhelm. 7. (11.-) — Die. 22.: Volksbühne M. 6. Die Stützen der Gesellschaft. 7. — So. 27.: Liselott von der Pfalz. Liselott: Frau Hedwig Holm. 7. (11.-) — Mo. 28.: Ihre Hoheit die Tänzerin. 7. (13.-) — Umtausch der Vorzugskarten und Verkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 19., nachm. 3.30—5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 20. an. 3.946

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik Karlsruhe, Kaiserstr. 128 u. Karlstraße Wandbilderschmuck Bildereinrahmungen

Maccaroni Suppennudeln Pfd. 9.00 Gemüsenudeln Sternchen Pfd. 9.00 Gemüsenudeln II Pfd. 7.80 Schweineschmalz rein Pfd. 12.50 Margarine 10.50 Estol 11.50 Palmöl 12.50 Milch schweiz., kond., gezuckert, Dose 6.50 Milch steril., „Ideal“ Dose 7.50 Butter, holl., rein Pfd. 24.00 Kabeljau, ganz, kopflos Pfd. 2.50 Kabeljau, im Ausschnitt, Schellfische Bücklinge Pfd. 4.00 Fischverkauf im Laden links. Geräuch. Lachs, Aal, Fischkonserven u. -Marinaden Junge Hähnen, Kapaunen, Hühner. Dörrobst aller Art. Gemüse- und Obstkonserven zu sehr ermäßigten Preisen. Marmeladen und Konfitüren, alles zuckergesüßt Vierfrucht 1 Pfund-Glas 5.80 Zwischennuss 2 Pfund-Glas 11.50 Kunstthong Pfd. 4.70 G. ahambrot, Brezeln, Albert-Keks Paket 3.50 Kaffee gebr. Pfd. 18.-, 20.-, 23.-, 28.-, 32.-, 35.- Tee, Kakao Saucoladen Tafel 6.- Orangen, Mandarinen, Feigen, kand. Früchte, Marok. Muscat-Datteln in Schachteln. Reiseproviant, Fleischkonserven. Corned-Beef Pfd.-Dose 6.50 Wurst- und Fleischwaren aller Art. Fr. Wiener, Frankfurter u. bayr. Saftwürstchen echten Schwarzwälder Speck, Fleischsalat. Käse aller Art. Weiß- und Rotweine, Südweine, Dessert- und Krankenweine, Arrac, Rum, Kirschwasser, Liköre, Sekt empfiehlt.

Hans Kissel Kaiserst. 150 Fernruf 335 u. 97 Freie Zustellung ins Haus — Prompter Versand

Badische Vertriebsstelle G.m.b.H. in Liquidation, Karlsruhe i. B. Durch Gesellschafterbeschluss vom 3. Februar 1921 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden. Karlsruhe, den 7. März 1921. Ludwig Henrich, Liquidator.

Familienversorgung Wer für sich und seine Hinterbliebenen sorgen will, erreicht dies in besonders vorteilhafter Weise durch Benutzung der Versicherungseinrichtungen des Preußischen Beamten-Vereins Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwältinnen, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Förster, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, Kaufm. Angestellte und sonstige Privatangestellte. Versicherungsbestand 475 270 297 M. Vermögensbestand 206 436 818 M. Der Verein arbeitet ohne bezahlte Agenten und spart dadurch sehr bedeutende Summen. Er kann daher die Prämien (Versicherungsbeiträge) sehr niedrig stellen und trotzdem sehr hohe Dividenden verteilen, so daß die Gesamtkosten für die Versicherung bei unbedingter Sicherheit äußerst gering sind. — Zusendung der Drucksachen erfolgt auf Anforderung kostenfrei durch Die Direktion des Preußischen Beamten-Vereins zu Hannover. Bei einer Drucksachen-Anforderung wolle man auf die Anklündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Billige Lebensmittel. Prima Schweineschmalz Pfd. 12.50 Kokosfett, blütenweiß Pfd. 11.00 Feinste Tafelmargarine Pfd. 10.50 Butter-Ersatz Pfd. 12.50 Corned-Beef, (kein Abfallfleisch) Dose 7.25 Salat-Öl „Seam“ Liter 21.- Knorr-Makkaroni Pfd. 9.- Prima Teigwaren Pfd. 7.50 und 8.50 Prima Vollreis Pfd. 3.00 und 3.50 Kaffee, gebrannt Pfd. 20.00 22.50 u. 25.00 Milch Dose 7.50, 8.50, 9.- und 10.50 Kakao, offen und in Packeten Pfd. 4.50 Tee, Pekko Dose 7.- Eier, gar, frisch Stück 1.75 ff. Wurst- u. Käsesorten, Weine, Liköre sowie sämtliche Bedarfsartikel empfiehlt zu billigsten Preisen Otto Pulvermüller Spezialhaus feiner Wurstwaren. Gartenstr. 37, Ecke Milschstr. Telefon 3993.

Rubholzversteigerung Das Badische Forstamt Karlsruhe-Hardt versteigert jeweils f. 9 Uhr im „Schützenhaus“ bei Karlsruhe: 1. Am Dienstag, 22. März 1. 38. aus dem „Bannwald“ und „Rehntal“: 23 Eichen, 12 Hainbuchen, 1 Eiche, 380 Forsten, 230 verschiedene Fichtenstangen (Forstwart Vorel in Weichenreut) und Kinder in Weichenreut; aus dem früheren Btl. park: 230 Forsten, 2 Eichen (Forstwart Bauer im Schallerhaus und Hof im Parkhaus); aus dem „Fasanengarten“: 5 Eichen, 5 Hainbuchen, 1 Weimutsfischer, 3 Fichten (Wuffeher Stöber bafelst); 2. am Mittwoch, 23. März 1. 3. aus dem Outbezirk der Forstwart Bauer im Schallerhaus und Junk in Egenstein: 319 Eichen, 103 Forsten. Auszüge auf Verlangen durch das Forstamt.

Der Samariter Leitfaden für die Erste Hilfe bei Unglücksfällen von Medizinalrat Dr. Blume Zwei Hefte, Text und Abbildungen (41.—50. Tausend) Preis für beide Teile zusammen 6.- Bei gleichzeitiger Abnahme einer größeren Anzahl zu Ausgabungswecken wird ein steigender Rabatt gewährt. Diese neue Auflage berücksichtigt die Erfahrungen des Krieges, insbesondere auch die künstliche Atmung, die durch die erhöhten Anforderungen des Gaskrieges ganz wesentlich an praktische Bedeutung gewonnen hat, und zu einem Hilfsmittel geworden ist, das den Sanitätären völlig vertraut sein muß. Wiener medizinische Wochenschrift: ... zeichnet sich dadurch aus, daß der ganze Stoff in sehr zweckmäßiger Weise so eingeteilt ist, daß er leicht in fünf Doppelstunden vorgelesen werden kann, wobei jedesmal die zweite Stunde praktischen Übungen gewidmet wird. — die außerordentlich sachgemäße und gemeinverständliche Darstellung empfehlen die Anschaffung des Büchleins für Samaritervereine, für den Eisenbahndienst, für Feuerwehren, Sportvereine und Fabrike. Hausarzt-Zeitschrift. Was dieses Werkchen vor anderen ähnlichen auszeichnet ist die überaus praktische Anlage und seine bequeme Überführbarkeit. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B., Karlsriedrichstraße 14.

Moderne Pensions-Villa leer od. möbliert, 8 bis 10 Zimmer, möglichst mit oder ohne Wintergarten, zur Miete, Pacht gesucht. Nr. u. H. G. 4331 Ala-Hausenstein & Vogler, Hamburg. 8.50 An- und Verkauf von Möbel, wie Betten, Schränke, Waschkommoden, Diwan's, Federbetten und Weiszeug etc. B. Schirrmann, Marktgrabenstraße 43. Postkarte genügt.

Rubholzversteigerung des Forstamts Graben in Bruchsal 23.360 Dienstag, den 29. März 1921, vorm. 9 Uhr, im Kaiserhof in Karlsruhe: 1. aus Dst. II, Kammerforst, Abtg. II, 30: 154 Eichen (1,2 m), 28 Eichen (2,5 m), 1 Eiche (1,2 m), Rubholz und 133 Forstene Schwellen 1.—3. Klasse. Vorgeiger Forstwart Heil in Reudorf bei Graben. 2. aus Dst. III, Vahnenauerwald, Abtg. 8, 16 u. 17: 25 Eichen (1,2 m), 30 Eichen (1,5 m), 37 Eichen (2 m) Rubholz, 18 Stück eichene und 240 Stück forstene u. weymuthsfischerne Stangen und 137 Forstene Schwellen 1. bis 2. Klasse. Vorgeiger Forstwart Weis in Wüchsenau. Auskunft durch das Forstamt.

Bad. Maschinenfabrik & Eisgießerei vormals G. Gebold u. Gebold & Neff, Durlach. Bei der diesjährigen, unter Zugziehung eines Notars stattgehabten Verlosung unserer 4 1/2 %igen Teilhaberschreibungen wurden folgende Nummern gezogen: Lit. A 12, 15, 121 Lit. B 110, 263, 295 Lit. C 54, 166. Wir kündigen hiermit diese Teilhaberschreibungen gemäß § 4 der Bestimmungen zur Rückzahlung mit einem Aufschlag von 3%, zum 1. Juni d. J. und fordern die Inhaber derselben auf, die Stücke mit den dazugehörenden Talons und nicht fälligen Zinskuponen zur Empfangnahme des Betrages der einzelnen Stücke und zwar für: Lit. A M. 2000.— Lit. B M. 1030.— Lit. C M. 615.— vom genannten Tage an bei einer der nachbezeichneten Einlösungstellen: 1. dem Bankhaus Weis & Homburger in Karlsruhe, 2. der Geschäftsstelle in Durlach einzulösen. Die Vergütung der ausgelassenen Stücke hört mit dem 1. Juni 1921 auf. Für etwa fehlende, später verfallende Zinskuponen wird der entsprechende Betrag vom Kapital in Abzug gebracht. Durlach, 16. März 1921. Badische Maschinenfabrik & Eisgießerei vorm. G. Gebold u. Neff & Neff, Durlach. Diesfeld.

Bad. Amtgericht A II. 3379. Forstheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Paul Berthold, früheren alleinigen Inhabers der Firma Berthold & Spohn in Forstheim, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und nach Vollzug der Schlußverteilung durch Beschluß des Amtsgerichts vom heutigen aufgehoben. Forstheim, 15. März 1921. Der Gerichtspräsident des Amtsgerichts A II.

Fichten-Bauholz und Stangen-Versteigerung des Bad. Forstamts Verlahheim am Dienstag, den 22. März d. J., vormittags 8 1/2 Uhr im Ritterschen Saale in Landa aus dem Domänenwaldungen bei Heßfeld Ramsberg (Forstwart Henninger in Oberhörsch): 2250 Eichen (1.—4. Kl.); 13785 Rebheden (7880 Bohnensteden).

Bestimmte Bekanntmachungen. Bekanntmachung. Durch Beschluß unserer Generalversammlung vom 4. November 1920 wurde das Stammkapital von M. 20000.— auf M. 30000.— herabgesetzt. Gemäß § 53 des Reichsgesetzes betr. G. m. b. H. werden die Gläubiger aufgefordert, sich zu melden. Etoufen i. B., den 15. März 1921. Vaterjandwippenfabrik Verlahes Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Bad. Gütertarif. Die Mindestbeträge für Sonderzüge werden mit sofortiger Wirkung auf 75 M. für das Tarifkilometer und auf 1800 M. im ganzen erhöht. 1921. Die Bahnbehörden haben nicht überändert. Karlsruhe, 15. März 1921. Eisenbahn-Generaldirektion.